



## Zusammenfassung

# Südafrikanische Perspektiven: Die Nationalen und Internationalen Auswirkungen der Wahlen in Südafrika 2024

6.6.2024, 16:30 Uhr,  
GIGA-Büro Berlin

## Hintergrund

Am 29. Mai 2024 fanden in Südafrika nationale Wahlen statt. Der *African National Congress* (ANC) verlor dabei zum ersten Mal seit dem Ende der Apartheid 1994 die absolute Mehrheit in der Nationalversammlung. Das Land, das bereits seit geraumer Zeit mit einem stagnierenden Wirtschaftswachstum, Stromknappheit, hoher Kriminalität und hoher Arbeitslosigkeit zu kämpfen hat, hat nun zwei Wochen Zeit, um eine Regierung zu bilden.

Nicht nur national, sondern auch international wird diese Entwicklung mit großem Interesse verfolgt. So ist Südafrika ein entscheidender Partner Deutschlands auf dem afrikanischen Kontinent. Das BRICS-Mitglied wird im Jahr 2025 Gastgeber des G20-Gipfels sein und hat sowohl durch seinen Schritt, Israel vor dem Internationalen Gerichtshof zu verklagen, als auch durch seine Position gegenüber dem russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine Schlagzeilen gemacht.

## Highlights

- Zwar habe der ANC seine absolute Mehrheit in der Nationalversammlung und deutlich mehr Stimmen als erwartet verloren, dennoch müsse das Wahlergebnis auch im Kontext der Provinzwahlen gewertet werden. So habe der ANC nicht nur weiterhin die Mehrheit in der Nationalversammlung, auch in den regionalen Parlamenten und dem *National Council of Provinces* (NCOP), dem Oberhaus des Zwei-Kammer-Parlaments, stelle der ANC jeweils die Mehrheit der Delegierten.
- Der enge, von der Verfassung vorgegebene, Zeitrahmen zur Regierungsbildung stelle die Koalitionsverhandlungen vor besondere Herausforderung. Laut Verfassung müsse das Parlament innerhalb von zwei Wochen zu seiner konstituierenden Sitzung zusammentreten und sowohl die oder den Vorsitzenden des Parlaments sowie den Präsidenten wählen. Der straffe Zeitrahmen könne dabei zu weniger formellen Zusagen und Koalitionskonstellationen führen, was wiederum die Stabilität der Regierung untergraben könnte.
- Bei den Koalitionsverhandlungen und möglichen -formen würden neben zwischenparteilichen

## Grußwort

### **Sabine Odhiambo**

Generalsekretärin,  
Deutsche Afrika Stiftung

## Diskussion

### **Mohamed Cassimjee**

Geopolitischer Analyst und  
Berater

### **Qaanitah Hunter**

Journalistin & Autorin des  
Buches „Who will rule South  
Africa?“

### **Dr. Maxine Rubin**

Wissenschaftliche  
Mitarbeiterin, GIGA

### **Prof. Dr. Zwelethu**

#### **Jolobe**

Leiter des Instituts für  
Politikwissenschaften,  
Universität Kapstadt

## Moderation

### **Prof. Dr. Christian von Soest**

Leiter des  
Forschungsprogramms  
„Frieden und Sicherheit“,  
GIGA



Machtkämpfen vor allem interne Dynamiken der verschiedenen Flügel innerhalb des ANC eine große Rolle spielen.

- In der Außenpolitik Südafrikas, insbesondere mit Blick auf die Unterstützung für Palästina und die Beziehungen zu Russland seien keine großen Veränderungen zu erwarten. Auch mit Blick auf die deutsch-südafrikanischen Beziehungen, die trotz teils unterschiedlichen außenpolitischen Sichtweisen als sehr gut gelten, sei eine Fortsetzung des pragmatischen Prinzips „agree to disagree“ zu rechnen. Beide Länder verbinde zudem das Ziel, Multilateralismus und Rechtsstaatlichkeit im internationalen System zu fördern.

### **Wahlergebnisse und -beteiligung**

Der ANC hat im Vergleich zu den letzten Parlamentswahlen im Jahr 2019 Verluste in Höhe von 17,3% verzeichnet und erhielt nur noch 40,2% der Stimmen. Der Machtverlust des ANC falle jedoch im Kontext der Ergebnisse der Provinzwahlen deutlich weniger signifikant aus, als der 17,3%-Verlust zunächst implizieren würde, betonte unter anderem Prof. Dr. Jolobe. So sei es dem ANC in sieben der neun Provinzen gelungen, stärkste Kraft zu bleiben, wodurch die Partei auch weiterhin die Mehrheit der Delegierten sowohl in den regionalen Parlamenten als auch im *National Council of Provinces* (NCOP), dem Oberhaus des Zwei-Kammer-Parlaments, stellen werde. Das NCOP, das sich aus 10 Delegierten pro Provinz zusammensetzt, spiele eine zentrale Rolle im Gesetzgebungsprozess. Auch in der Nationalversammlung, dem Unterhaus des Parlaments, bleibe der ANC trotz Verlust der absoluten Mehrheit mit deutlichem Vorsprung stärkste Kraft.

Zweitstärkste Partei ist die *Democratic Alliance* (DA), die jedoch mit 21,8% der Stimmen nur 1% im Vergleich zu den Wahlen von 2019 habe zulegen und somit kaum von dem Verlust der ANC profitieren können, so Dr. Rubin. Die große Gewinnerin der Wahlen sei die neugegründete *uMkhonto weSizwe* (MK) Partei, die insbesondere von Südafrikas ehemaligem Präsidenten Jacob Zuma unterstützt wurde und auf Anhieb den dritten Platz belegte, ergänze Dr. Rubin. Mit einem Wahlergebnis von 14,6% der Stimmen habe die MK-Partei am stärksten von den Verlusten des ANC profitieren und die *Economic Freedom Fighters* (EFF) als drittstärkste Partei im Parlament ablösen können. Mit 9,5% der Stimmen habe die EFF, wie auch die DA, ihr Ergebnis von 2019 kaum verändern können. Um den Verlust an ANC-Wählerinnen und -Wählern zu verstehen, müsse man auch einen Blick auf die Wahlbeteiligung werfen, betonte Dr. Rubin. Diese liege zwar mit 58,6% bei rund Zweidrittel, dennoch beziehe sich die Angabe lediglich auf die Zahl der Wahlberechtigten, die sich vorab überhaupt erst zur Wahl registriert hatten. Die tatsächliche Wahlbeteiligung aller zur Wahl Berechtigten liege hingegen nur bei rund 38%. Vieler der traditionellen ANC-Wählerinnen und -Wähler u.a. aus den Vororten und Townships seien aufgrund ihrer Frustration mit der Regierungspartei, u.a. über Stromausfälle (*Load Shedding*) der diesjährigen Wahl ferngeblieben. Betrachte man die Wahlbeteiligung bei vergangenen Wahlen, so zeige sich, dass eine geringere Wahlbeteiligung auch meist mit einem schlechteren Wahlergebnis des ANC einherginge, erklärte Dr. Rubin weiter. Auffällig sei zudem, dass es sich sowohl bei den EFF als auch der MK-Partei um Splitterparteien des ANC handle.

### **Innenpolitische Auswirkungen der Wahlen**

Laut Gesetz müsse nun innerhalb von zwei Wochen eine (Koalitions-)Regierung gebildet werden, erklärte Dr. Rubin. Dabei sei der 18. Juni bereits vom Obersten Richter als der Tag, an dem die neue Nationalversammlung seine konstituierende Sitzung, in der neben dem Parlamentsvorsitz auch der



Präsident gewählt wird, festgelegt worden, ergänzte Qaanitah Hunter. Innerhalb dieses Zeitrahmes müsse der ANC nun in mehr oder weniger formelle Absprachen mit anderen Parteien gehen, um die Wiederwahl von Präsident Cyril Ramaphosa zu sichern. Der kurze Zeitrahmen sei für sie dabei der kritischste Punkt, erklärte Hunter. So würde ein Deal, der in solch einer kurzen Zeit ausgehandelt werden muss, die Gefahr von nicht formalisierten Absprachen bergen. Dies könne wiederum dazu führen, dass der Regierungskurs auf halber Linie wieder geändert werden könnte. Die Panelteilnehmerinnen und -teilnehmer diskutierten verschiedene Koalitionsmöglichkeiten, darunter zwischen dem ANC, der DA und der *Inkatha Freedom Party* (IFP), eine sogenannte Regierung der Nationalen Einheit sowie die Option einer Minderheitsregierung, die, so betonten u.a. Prof Dr. Jolobe und Hunter, angesichts der Hyperfragmentierung der Opposition, durchaus eine Option darstelle. Die große Herausforderung bei letzterer Option sei jedoch, dass die Räder der Verwaltung sich bereits jetzt schon nur sehr langsam drehen würden, ergänzte Hunter. Darüber hinaus gebe es keine Begrenzung für Misstrauensvoten; die Sprecherin oder der Sprecher der Nationalversammlung könne beispielsweise alle drei Monate durch ein Misstrauensvotum ausgewechselt werden und sogar der Präsident könnte abgesetzt werden. Dies wiederum würde zu großer Ungewissheit und Instabilität führen. Gleichzeitig, so Hunter, würden nun vor allem die kleinen Parteien ihre Macht testen. Bei der Wahl der Koalitionspartner seien vor allem auch die internen Machtdynamiken der verschiedenen Lager innerhalb des ANC zu beachten, war sich das Panel einig. Auch stellten verschiedene potenzielle Koalitionspartner bereits vor Beginn der Sondierungsgespräche klare Bedingungen für eine mögliche Koalition. Auf die Frage, ob die ideologischen Gräben zwischen den verschiedenen Parteien nicht zu groß wären, um eine stabile Regierungskoalition zu bilden, antwortete Prof. Dr. Jolobe, dass es zwar tatsächlich große ideologische Unterschiede gäbe, dennoch hätten Koalitionsregierungen sowohl auf lokaler als auch Provinzebene in der Vergangenheit gezeigt, dass Parteiinteressen nicht deckungsgleich mit Ideologie seien und stabile Koalitionen gebildet werden konnten. Die Frage nach der Stabilität einer Regierungskoalition auf nationaler Ebene spiele auch eine zentrale Rolle bei der Überlegung, eine sogenannte Einheitsregierung (*Government of National Unity*) zu bilden, erläuterte Hunter. Diese umfangreichere Koalitionsform, die auch kleinere Parteien umfasse, ermögliche es zum einen, die internen Flügel des ANC sowie die Gewerkschaften einzubeziehen und z.B. Befürchtungen über einen Rechtsruck durch eine Koalition mit der DA und IFP aus dem Weg zu räumen. Zum anderen könne man so z.B. auch die sich bildende Provinzregierung von KwaZulu-Natal, wo die MK-Partei sich die meisten Stimmen sichern konnte, besser einbeziehen.

Auch mit Blick auf die innenpolitisch großen Herausforderungen, vor denen Südafrika derzeit stehe, spiele die Koalitionsbildung eine große Rolle, erläuterte u.a. Dr. Rubin. So sei man sich parteiübergreifend einig, dass insbesondere das stagnierende Wirtschaftswachstum, die hohe Arbeitslosenquote - insbesondere auch unter der jüngeren Bevölkerung - steigende Armut und Ungleichheit, infrastrukturelle Probleme beim Wasserzugang und der Stabilität der Stromversorgung, die nicht nur der Bevölkerung, sondern auch der Industrie stark zusetzen würden sowie die Zunahme von gewalttätiger Kriminalität und geschlechterspezifischer Gewalt zu den drängenden Aufgaben zählen. In der Frage, wie diese Herausforderungen überwunden werden sollen, würden die Parteien jedoch sehr verschiedene Positionen vertreten, die schwer in Einklang zu bringen seien.

### **Politische Auswirkungen der Wahlen auf internationaler Ebene**

Da der ANC auch weiterhin die Mehrheit im Parlament hält, werde die Wahl kaum Auswirkungen auf Südafrikas Außenpolitik haben, war sich das Panel einig. Zwar sei mit der früheren Außenministerin



Naledi Pandor, die ihren Parlamentssitz verlor, eine prominente Figur der Klage Südafrikas gegen Israel vor dem Internationalen Strafgerichtshof und der Pro-Palästina-Kampagne verloren gegangen, dennoch werde dies laut Prof. Dr. Jolobe keine fundamentalen Auswirkungen auf die Ausrichtung der südafrikanischen Außenpolitik haben, da diese vom Präsidenten und nicht von der Außenministerin vorgegeben werde. Auch in Bezug auf BRICS bzw. BRICS Plus sei trotz Russlands diesjährigem Vorsitz, keine veränderte Haltung zu erwarten. So werde Südafrika auch weiterhin eine blockfreie Außenpolitik verfolgen und dabei sowohl enge Beziehungen zu Staaten wie China oder Russland unterhalten und Süd-Süd-Kooperation vorantreiben, aber z.B. auch die Beziehungen zu den USA verstärkt pflegen. Gerade in Europa oder den USA würden jedoch Südafrikas Blockfreiheit und Haltung gegenüber Russland sowie Südafrikas Unterstützung für Palästina als widersprüchlich wahrgenommen werden, erklärte Dr. Rubin. Demzufolge stünde die Klage Südafrikas gegen Israel vor dem Internationalen Strafgerichtshof und die hier vorgebrachte Argumentation der prinzipienbasierten Außenpolitik im Widerspruch zur südafrikanischen Haltung im russischen Angriffskrieg auf die Ukraine. Prof. Dr. Jolobe stellte jedoch klar, dass sowohl für Südafrikas Regierung als auch Bevölkerung hierin kein Widerspruch liege. Zum einen sei es wichtig, Blockfreiheit nicht mit Neutralität zu verwechseln. Blockfreiheit bedeute lediglich, dass Südafrika nicht im Kampf zwischen zwei großen Machtblöcken – und Ramaphosas Regierung habe den Russland-Ukraine-Krieg, wie auch die USA, im Kontext von zwei Machtblöcken interpretiert – involviert werden möchte. Zum anderen habe der ANC aufgrund seiner Apartheid-Erfahrungen historisch enge Beziehungen zu Palästina unterhalten.

### **Deutsch-südafrikanische Beziehungen**

Trotz unterschiedlicher außenpolitischer Haltungen gegenüber Israel und Russland seien die Beziehungen zwischen Deutschland und Südafrika sehr gut. Beide Länder seien demokratische *Middle Powers*, die das gemeinsame Ziel verfolgen, Multilateralismus und Rechtsstaatlichkeit im internationalen System zu fördern, so Dr. Rubin. Mit den gegensätzlichen Haltungen gegenüber Russland und Israel würde man pragmatisch umgehen und dem Prinzip „agree to disagree“ folgen, erklärte Dr. Rubin weiter. Die engen Beziehungen zwischen Deutschland und Südafrika, die natürlich auch in einem breiteren Kontext von EU-Südafrika-Beziehungen bzw. EU-SADC-Beziehungen gesehen werden müssten, würden sich sowohl auf diplomatischer, als auch wirtschaftlicher Ebene zeigen. So habe Deutschland bereits vor den Wahlen eine südafrikanische Delegation empfangen, um sich über Koalitionsbildung auszutauschen, berichtete Mohamed Cassimjee. Auch im Handel, der sich auf über 20 Milliarden Euro belaufe, gebe es wichtige und breit gefächerte Beziehungen. Dabei seien Exporte nach Deutschland im Vergleich zu anderen Ländern wertschöpfend. Darüber hinaus seien 600 deutsche Firmen in Südafrika aktiv, die um die 100.000 Jobs geschaffen und rund 6,2 Milliarden Euro im Land investiert hätten. Deutschland sei zudem mit 8,5 Mrd. US-Dollar größter Geldgeber der *Just Energy Transition Partnership* der G7-Staaten und habe im Rahmen dieser bereits erfolgreich Projekte in Südafrika umgesetzt. Die Ausrichtung der zukünftigen Regierungskoalition werde jedoch auch Auswirkungen auf die Wirtschaft und das Investitionsklima haben, ermahnte Cassimjee. Im Falle einer Mitte- bzw. Mitte-rechts-Koalition werde sich hieran wenig ändern; sollte es jedoch zu einer populistisch geprägten Koalition kommen, so könnte dies Ungewissheiten bezüglich der Rentabilität von Investitionen hervorrufen. Auch bei der grünen Energietransition könne die Ausrichtung der Koalition eine Rolle spielen, so lehne z.B. die MK-Partei den Kohleausstieg ab.